

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 6. Ratssitzung vom 20. Juni 2018

144. 2018/86 Weisung vom 07.03.2018: Finanzverwaltung, Rechnung 2017, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2017 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2017 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisenden Jahresgewinn von Fr. 136 873.– wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2017 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2017 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2017 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2017 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2017 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 11. Juni 2018

Eintretensdebatte:

Raphaël Tschanz (FDP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2017 vor: Die RPK hat der Verwaltung zahlreiche ergänzende Fragen zur Rechnung 2017 gestellt und fristgerechte Antworten erhalten. Auf folgende Einzelaspekte der Prüfung will die RPK näher eingehen: 1. Ressourcenausgleich: Der Stadtrat hat am 25. Januar 2017 beschlossen, gemäss der Verordnung über den Gemeindehaushalt (133.1) Rückstellungen für die Ressourcenabschöpfung zu machen. Aufgrund der rekordhohen Steuererträge in den Jahren 2016 und 2017 fallen in den Jahren 2018 und 2019 entsprechend hohe Beträge für die Ressourcenabschöpfung an den kantonalen Finanzausgleich an. Der Stadtrat hat in der Rechnung 2017 Rückstellungen von 71 Millionen Franken für die Ressourcenabschöpfung in den Jahren 2018 und 2019 gebildet. Die Rückstellungen drängen sich für zwei Folgejahre auf, weil die Rückstellungen immer auf dem vorvergangenen Jahr basieren. Es wurde mit der Finanzverwaltung (FVW) vereinbart, dass die Rückstellungen für die beiden kommenden Jahre im Interesse einer besseren Nachvoll-

ziehbarkeit in der Rechnung detailliert dargestellt werden. 2. Flughafenaktien: Mit der Rechnung 2017 wird ein Buchgewinn der Aktien der Flughafen Zürich AG von 52 Millionen Franken ausgewiesen, der direkt im Ertrag verbucht wurde und das Ergebnis der Laufenden Rechnung entsprechend verbessert hat. Es handelt sich dabei um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses – die Schwankungen der Aktien könnten also einen negativen Einfluss auf das Rechnungsergebnis der Stadt Zürich haben. 3. Steigende Steuererträge und Steuerkraft der natürlichen Personen: Im Jahr 2017 sind die Steuererträge um gesamthaft 27 Millionen Franken höher als budgetiert ausgefallen, sie bewegen sich weiterhin im Bereich des Allzeithochs von 2016 und betragen insgesamt 2,9 Milliarden Franken. Ein Blick auf die Ertragsquellen zeigt einen Rückgang der Steuererträge von juristischen Personen. Dieser Rückgang wird durch weiterhin rekordhohe Steuererträge von natürlichen Personen sowie durch ausserordentliche Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer aufgefangen. Es ist auch ein überproportionaler Steuerkraftanstieg der natürlichen Personen in der Stadt Zürich im Vergleich zum kantonalen Durchschnitt festzustellen. Dieser begründet wiederum die gestiegenen Ressourcenausgleichsbeträge der Stadt Zürich. 4. Stadtspital Triemli (STZ): Die RPK hat sich im Rahmen der Beratung der Rechnung des STZ über den Stand des Ergebnisverbesserungsprogramms informieren lassen und zahlreiche Rückfragen gestellt. Dank einer Reduktion des Personal- und Sachaufwands konnte das STZ einen Teil der Ertragsausfälle kompensieren, die Marge von 5,5 auf 7,2 Prozent erhöhen und den Anstieg des Betriebsdefizits reduzieren. Die RPK nahm vom Beschluss des Stadtrates Kenntnis, die Zinsbelastung für das STZ um 8,7 Millionen Franken und für das Stadtspital Waid (SWZ) um rund 2 Millionen Franken zu reduzieren. Ausserdem hat der Stadtrat am 18. April deutlich reduzierte gebundene Ausgaben für die Instandhaltung des Turms von 110,5 Millionen Franken beschlossen. Die finanziellen Herausforderungen wie auch die Belastung für das Personal des STZ bleiben trotzdem hoch. Die RPK hat sich im März 2018 über die noch nicht abgeschlossene Revision betreffend die Honorarkreditoren informieren lassen. Die RPK fordert den Stadtrat auf, allenfalls notwendige Anpassungen der Rechtsgrundlagen prioritär zu behandeln, um die mit der Revision entstandene Unsicherheit über die Verwendung der Privatarzthonorare zu beseitigen. Zur Rechnung des STZ meldet die RPK einen Vorbehalt an, der aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mehr in den Bericht aufgenommen werden konnte: Am letzten Montag erhielt die RPK Einblick in den Revisionsbericht der Finanzkontrolle (FK) zu den Honorarkreditoren. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass für den ordentlichen Betriebsbuchhaltungsabschluss weitere Abstimmungen vorzunehmen sind. Diese Abstimmungen sind für den 30. Juni 2018 terminiert. Die RPK wird nach diesem Termin prüfen, ob die Vorgänge Auswirkungen auf das Rechnungsergebnis 2017 haben werden. 5. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Werkstattbetriebe: Aufgrund des in den Jahren 2005 bis 2015 aufgelaufenen Defizits von 33,7 Millionen Franken hat die RPK der FK beantragt, die Werkstattbetriebe zu prüfen. Der Bericht wurde der RPK vorgestellt. Es wurden zahlreiche betriebliche Mängel sowie Querfinanzierungen von den gebührenfinanzierten Abteilungen von ERZ zu steuerfinanzierten Dienstabteilungen festgestellt. Die RPK hat die Stadtpräsidentin und den Finanzvorstand über die Ergebnisse der Sonderprüfung informiert. Sie erwartet, dass die neue Leitung von ERZ mit der Rechnung 2018 eine Vollkostenrechnung der Werkstattbetriebe vorlegt, in der die Finanzflüsse transparent dargestellt sind. Die RPK fordert den Stadtrat zudem auf, die Werkstattbe-

triebe zu reorganisieren. 6. ERZ, Abnahme der Rechnung: Nachdem der Gemeinderat am 4. April 2018 einer Erhöhung des Objektkredits für das Logistikzentrum Hagenholz zugestimmt hat, beantragt die RPK dem Gemeinderat, die Rechnung 2017 von ERZ abzunehmen. Die Jahresrechnung ist ein Aufsichtsinstrument des Gemeinderats. Die Nichtabnahme oder die teilweise Abnahme einer Jahresrechnung ist eine starke politische Missfallenskundgebung und kann dem Bezirksrat als Aufsichtsbehörde Anstoss zu einer Überprüfung geben. Für die mit Ausnahme der Rechnung von ERZ genehmigten städtischen Jahresrechnungen 2015 und 2016 besteht weder für die RPK noch für den Gemeinderat weiterer Handlungsbedarf. 7. ewz, Risikomanagement Cluster Energie: Gemäss Reglement über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) (732.210) hat die RPK den Auftrag, das Risikomanagement im Handelsgeschäft des ewz zu kontrollieren. Die RPK lässt sich jährlich über die Handelsaktivitäten des ewz informieren. Aufgrund der vorliegenden Unterlagen gibt es keinen Anlass zur Annahme, dass die vom Gemeinderat geforderte konservative Risikopolitik nicht eingehalten wird. Die Berichterstattung des Departements der Industriellen Betriebe (DIB) gegenüber der RPK wird laufend verbessert. 8. ewz, Wertkorrektur Glasfasernetz: Mit der Rechnung 2017 berichtigt das ewz den Wert der Sachanlagen Telecom um 53 Millionen Franken. Bereits 2016 ist der Wert der Sachanlagen Telecom um rund 90 Millionen Franken berichtigt worden. Die Sonderabschreibungen basieren auf Werthaltigkeitstests. Per 31. Dezember 2017 wird das Glasfasernetz noch mit einem Wert von 16 Millionen Franken in den Büchern des ewz geführt. 9. Reduktion Personalwerbung: Der Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren im Rahmen der Budgetberatungen mehrmals eine Reduktion der Ausgaben für Personalwerbung gefordert. Die RPK stellt fest, dass das entsprechende Konto in mehreren Departementen reduziert worden ist. Zum Ausblick: Der positive Rechnungsabschluss und das auf 1,17 Milliarden Franken nochmals gestiegene Eigenkapital geben der Stadt Zürich einen finanzpolitischen Spielraum. Trotzdem bleiben die Herausforderungen in den kommenden Jahren hoch. Zum einen sind die Auswirkungen der Steuervorlage 17 des Bundes nach wie vor unklar, da die genaue Ausgestaltung noch nicht bekannt ist. Zum anderen stellt das steigende Wachstum die Stadt vor grosse Herausforderungen. Die Planungsgrundlagen gehen von 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2030 aus. Die heutige Infrastruktur stösst damit an ihre Grenzen, insbesondere beim Schulraum und beim Verkehr. Neue Investitionen bedeuten allerdings immer auch neue laufende Kosten und künftige Schuldzinsen. Die ausserordentlich hohen Einnahmen aus Grundstückgewinnsteuern und der Rückgang des Gesamtsteuerertrags im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent zeigen die Volatilität des Steuerertrags. Die RPK weist deshalb darauf hin, dass der gegenwärtige finanzpolitische Spielraum nur erhalten werden kann, wenn 1. die infolge des Wachstums notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden, 2. eine Neuverschuldung vermieden wird und 3. die Entwicklung des Steuerertrags mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt hält. Trotz des positiven Rechnungsabschlusses ist es notwendig, die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand in allen Departementen und Dienstabteilungen kritisch zu analysieren und die Abläufe und Kostenstrukturen der Verwaltung ebenso kritisch zu hinterfragen. Die neuen Möglichkeiten, die sich mit der fortschreitenden Digitalisierung eröffnen, sollen systematisch geprüft und soweit sinnvoll zur Vereinfachung der Prozesse der Stadt Zürich genutzt werden. Die RPK bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die zeitnahe

Beantwortung der zahlreichen Rückfragen. Gleichzeitig bedankt sich die RPK bei der FK für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 145/2018–150/2018)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *In einem Rechnungsabschluss kommen viele Faktoren zusammen, ein zentraler Punkt sind aus meiner Sicht einmal die Steuern, die sich konstant entwickeln. Das ist aber kein Zufall, sondern ein klares Ergebnis der Standortpolitik, wobei auch Entscheide, die ausserhalb der Stadt Zürich gefällt werden, eine Rolle spielen, so z. B. die bilateralen Verträge. Die Stadt Zürich hat betreffend Investoren und Dienstleistungsangebot vieles richtig gemacht. Die Entwicklung der Flughafenaktien hinterlässt Spuren in unserer Rechnung. Der Stadtrat ist gewillt, sie aus der Rechnung herauszunehmen und in das Verwaltungsvermögen zu überführen. Die Verwaltung ist nach wie vor kostenbewusst unterwegs; die Leistungsüberprüfung 17/0 ist nach wie vor spürbar. Dass der Selbstfinanzierungsgrad nahe bei 100 Prozent oder sogar darüber – dieses Jahr bei fast 140 Prozent – gehalten werden kann, ist erfreulich. Ebenso freut es mich, dass wir schon zum vierten Mal hintereinander die langfristigen Schulden um 900 Millionen Franken abbauen konnten und dies, obwohl wir permanent investieren. Das hat mit unserer Liquiditätshaltung wie auch damit zu tun, dass wir aus der Laufenden Rechnung genügend Mittel generieren können. An die FDP-Fraktion: Holcim sagte öffentlich, dass nicht der Steuerfuss für die Zusammenlegung der Standorte verantwortlich war. Wenn Links-Grün fordert, nun müsse die Bevölkerung profitieren, bitte ich zu anerkennen, dass der Stadtrat viel für die Bevölkerung gemacht hat. An die GLP-Fraktion: Je nachdem, wie sich die kantonalen Mittel entwickeln, wird die Stadt Zürich mehr oder weniger abgeschöpft – das kann sich ändern. Der Stadtrat setzt nicht auf Lottogewinne, sondern auf eine konstante Finanzpolitik. Um eine gewisse Planungssicherheit zu erreichen, ist ein genügendes Eigenkapital nötig und dieses haben wir. Die Stadt wächst und die Infrastrukturkosten steigen – das grösste Wachstum in der Laufenden Rechnung zeigt sich beim Schulpersonal; die Schulkinder brauchen nun einmal Lehr- und Betreuungspersonen. Wir wollen das Wachstum verlässlich finanzieren, d. h. nicht über Schulden oder über eine Erhöhung des Steuerfusses. Dagegen, dass uns die oberen Staatsebenen laufend neue Aufgaben übertragen und Mittel entziehen, werden wir uns weiterhin wehren, ohne aber den Blick für ein sinnvolles Ganzes auf nationaler Ebene verlieren zu wollen. Ich danke der RPK für die gute Zusammenarbeit. Die RPK könnte ihre Aufgabe zwar auch erfüllen, wenn sie etwas weniger Fragen stellen würde.*

Eintreten ist unbestritten.

Weitere Wortmeldungen zu Dispositivziffer 1:

Severin Pflüger (FDP): *Keine Firma in der Grösse der Holcim würde öffentlich zugeben, dass sie ihre Steuern optimiert, das nennt sich «Corporate Social Responsibility». Es ist aber klar, dass die Zusammenlegung des globalen Geschäftssitzes in einer steu-*

ergünstigeren Gemeinde, die weiter vom Flughafen entfernt ist, mit den Steuern zu tun hat. Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt eingehen: Es fasziniert mich, dass alle Fraktionen den finanziellen Spielraum der Bevölkerung zugutekommen lassen wollen, sich aber nicht dazu äussern, in welcher Form dies geschehen könnte. Es fragt sich wirklich auch, ob in den letzten Jahren tatsächlich zu wenig gemacht wurde. Vor allem die SP-Fraktion scheint keine Ideen mehr zu haben, wie man den Steuerfranken verteilen könnte. Von der Grüne-Fraktion habe ich etwas mehr gehört und von der AL-Fraktion noch mehr, wobei das sachlich nicht haltbar ist. Die SP-Fraktion sagt, alle sollten gleichermassen vom Erfolg profitieren können. Gewisse könnten sich die Mieten nicht leisten und müssten deshalb ausziehen; das dürfe nicht sein. Die erste Forderung lautet daher, die Stadt Zürich müsse vermehrt Grundstücke und Immobilien kaufen, um die Mieten zu reduzieren. Das scheint mir ein untaugliches Mittel zu sein. Damit alle gleichermassen profitieren könnten, müsste die Stadt Zürich ja alle Wohnliegenschaften aufkaufen. Zweitens möchte die SP-Fraktion mehr Velowege, ich glaube aber nicht, dass der Ausbau der Velowege daran scheitert, dass zu wenig Geld vorhanden ist. Vielmehr liegt es daran, dass man Bäume in der Stadt behalten will und die anderen Verkehrsträger auch noch berücksichtigen sollte. Zudem fehlt es nach wie vor an Kreativität und alle meinen, sie müssten auf der gleichen Spur fahren. Übrigens war es die links-grüne Seite, die die Projektierungskredite für Velowege am Heimplatz, an der Rämistrasse und an der Stampfenbachstrasse gestrichen hat. Die letzte Forderung betrifft die Wintermantelzulage, für die die Stadt Zürich pro Jahr ungefähr 4 Millionen Franken ausgibt: Die Wintermantelzulage soll erhöht werden, damit die 152 Millionen Franken «endlich» der Bevölkerung zugutekommen – das ist lächerlich.

Roger Bartholdi (SVP): *Die Präsentation vom 13. März 2018 hat gezeigt, dass die Steuereinnahmen in den Jahren 2016 und 2017 rekordhoch waren und dass die Entwicklung der langfristigen Schulden in diesen beiden Jahren klar am besten aussah – drauf haben wir uns bezogen. Alle Forderungen der Grüne-Fraktion bedingen, dass mehr Geld ausgegeben wird: mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr städtische Mittel für Benachteiligte, mehr Mittel für Bildung, Klimawandel stoppen – da weiss ich zwar nicht, wie die Stadt Zürich das allein bewerkstelligen soll –, weitere Lohnmassnahmen. Auch die Forderungen der anderen rot-grünen Fraktionen bedingen, wenn auch weniger konkret, dass mehr Geld ausgegeben wird. Der Gewinn wird so dahinschmelzen und am Schluss haben wir ein Defizit.*

Florian Utz (SP): *Von mehr bezahlbaren Wohnungen profitiert die ganze Bevölkerung, weil die quartierübliche Miete sinkt, wenn es mehr Genossenschaften und städtische Wohnungen gibt. Das ist einer der vielen Gründe, warum sich die Bevölkerung immer deutlich für mehr bezahlbaren Wohnraum ausspricht. Es stimmt, dass mehr bezahlbare Wohnungen das Stadtbudget letztlich nicht belasten, denn was man investiert, kommt ja über die normale Kostenmiete – ausser bei subventionierten Wohnungen – wieder zurück. Unser Vorstoss bezüglich der Wintermantelzulage kostet 2 Millionen Franken, mehr nicht. Wir sagen: Der Stadt Zürich geht es finanziell sehr gut, und wo es Sinn macht, kann und soll sie mehr Mittel investieren.*

Urs Fehr (SVP): *Wenn die Wohnungen dem offenen Markt entzogen und einer kleinen*

6 / 11

Minderheit zugänglich gemacht werden, wird die Mehrheit, die eine Wohnung sucht, für den im offenen Markt erhältlichen Rest an Wohnungen logischerweise mehr zahlen müssen und sicher nicht weniger. Somit profitiert nur eine kleine Minderheit.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Peter Schick (SVP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe Geschäft GR Nr. 2018/103, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2017, Beschluss-Nr. 143/2018.

Weitere Wortmeldung:

Walter Anken (SVP): *Die AOZ hatte 2017 24 Millionen Franken mehr Aufwand, und das, obwohl die Asylzahlen massiv zurückgegangen sind. Fakt ist, dass die Angebote stetig ausgebaut werden. Ich habe mir das sehr umfangreiche Angebot angeschaut und frage mich, ob weniger nicht mehr wäre.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

- Die Rechnung 2017 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisenden Jahresgewinn von Fr. 136 873.– wird nicht genehmigt.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Referent Minderheit; Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

7 / 11

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Referent Minderheit; Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat die Rechnung der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) geprüft und kann die Verwendung gemäss Stiftungszweck sowie die ordentliche Rechnungsführung und den Abschluss bestätigen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Florian Utz (SP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Ausstand: Christoph Marty (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat die Rechnung der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien geprüft und für richtig befunden.

Peter Schick (SVP): Die SVP hat nichts gegen kinderreiche Familien. Aber die Stadt Zürich bietet bereits zahlreiche grosse, bezahlbare städtische Wohnungen an. Wir se-

8 / 11

hen nicht ein, warum auch noch eine Stiftung auf dem Markt nach grossen Wohnungen suchen soll. Die Stadt Zürich soll dafür sorgen, dass grosse Wohnungen verfügbar sind.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die Rechnung 2017 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird nicht abgenommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5:

Alan David Sangines (SP): *Die RPK hat die Rechnung der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich geprüft und ist einstimmig zum Schluss gekommen, dass sie zur Kenntnis genommen werden soll. Es gab keine weiteren Feststellungen.*

9 / 11

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Alan David Sangines (SP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Florian Utz (SP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat die Rechnung der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen geprüft. Sie hat zwar festgestellt, dass es weiterhin keine Liegenschaft im Bestand gibt, die Mehrheit der RPK beantragt aber trotzdem Kenntnisnahme der Rechnung.

Peter Schick (SVP): Es handelt sich um eine Stiftung, die auf dem Markt bezahlbare und ökologische Wohnungen suchen soll. Die viel erwähnte 2000-Watt-Gesellschaft ist sogar in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich (AS 101.100) verankert. Ökologisch und bezahlbar ist nicht vereinbar; ökologisches Bauen kostet allein schon wegen der Materialien grundsätzlich mehr als herkömmliches Bauen, sodass sich kaum bezahlbare Wohnungen realisieren lassen. Dass Steuergelder in die Stiftung fliessen sollen, widerstrebt uns.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Rechnung 2017 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

10 / 11

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL),
Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat die Rechnung der Kongresshaus-Stiftung Zürich geprüft und festgestellt, dass im Jahr 2017 die Vermögenswerte der alten Kongresshaus-Stiftung mit unverändertem Dotationskapital von 165 Millionen Franken und einem Bestand an Hochbauten von 63,7 Millionen Franken übernommen wurden.

Urs Fehr (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Rechnung ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Die Rechnung 2017 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Referent Minderheit; Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

11 / 11

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP)
Abwesend: Urs Fehr (SVP), Referent Minderheit; Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Rechnung 2017 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2017 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisenden Jahresgewinn von Fr. 136 873.– wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2017 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2017 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2017 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2017 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
7. Die Rechnung 2017 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Juni 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat